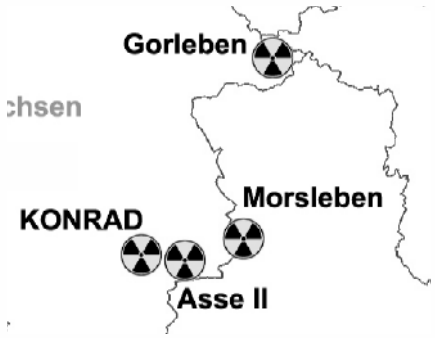
Schacht KONRAD

Vom Erzbergwerk zum Atomprojekt

Mitte der 70er Jahre wurde die Eisenerzförderung in KONRAD im internationalen Vergleich zu teuer. Um die Arbeitsplätze zu erhalten, warb der Betriebsrat für eine anderweitige Nutzung der Schachtanlage und stieß beim Bund auf Interesse: Wegen seines Förderwerkes sei der Schacht besonders gut geeignet als Endlager für Abrisskomponenten aus stillgelegten Atomkraftwerken, hieß es. Damals, als man noch vom Zubau einiger hundert Reaktoren in Deutschland ausging, war KONRAD neben Gorleben sozusagen die Funktion einer „radioaktiven Sperrmülldeponie" zugedacht. Fragen der geologischen Eignung spielten dabei keine Rolle. In einem Erkundungsprogramm wurde der Schacht von 1976 - 1981 untersucht. Wissenschaftliche Kriterien für diese Untersuchungen und die Bewertung des Schachtes als Atommülllager gab es nicht, wohl aber ein politisches Interesse des Bundes an einer positiven Eignungsaussage. Kaum lag sie vor, tauchte KONRAD im Entsorgungsbericht der Bundesregierung als zukünftiges „Endlager" auf und wurde fester Bestandteil des Entsorgungsnachweises neuer Atomkraftwerke. Inzwischen spielt KONRAD eine zentrale Rolle in der Atommüllpolitik, von der Begrenzung auf eine „radioaktive Sperrmülldeponie" ist keine Rede mehr.



Schacht Konrad wäre neben ASSE II und Morsleben das dritte Atommülllager, das die Gesundheit der Menschen im Braunschweiger Land belastet.

Im Atomkonsens geopfert

Von Anfang an dominierten im KONRAD-Verfahren die politischen Motive der Akteure. Dies setzte sich bei der Genehmigung fort. Im Jahr 2000 wurde Salzgitter im Atomkonsens zwischen der rot-grünen Bundesregierung und der Atomwirtschaft geopfert und vereinbart, Schacht KONRAD zu genehmigen. Zur Gesichtswahrung der Regierung wurde der Antrag auf Sofortvollzug zurückgenommen und die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, die strittigen Fragen in einem Klageverfahren klären zu lassen. 2002 wurde die vereinbarte Genehmigung von dem niedersächsischen Umweltminister Jüttner unter dem Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel erteilt.

KONRAD-Gottesdienst, Bleckenstedt

Vor Gericht und auf hoher See...

Das Klageverfahren geriet zur Farce. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (OVG) interpretierte das Atomrecht neu und sehr frei zugunsten der Atomwirtschaft. Aus einem Planfeststellungsverfahren wurde kurzerhand eine "gebundene Genehmigung" die keine Abwägung mehr erlauben sollte, ob es nicht bessere Lösungen gäbe. Die Klagerechte der Landwirtsfamilie Traube schränkte das Gericht stark ein, so gäbe es beispielsweise kein Recht auf "Nachweltschutz". Den Kommunen sprach das OVG das Klagerecht gleich ganz ab.

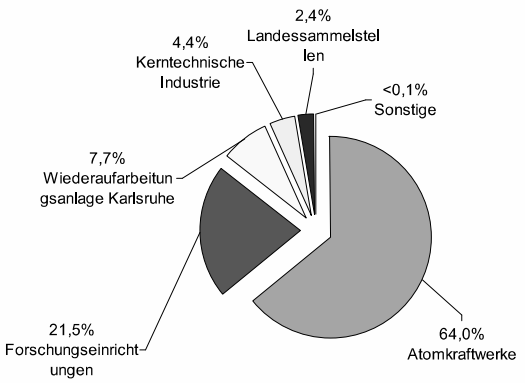
Obwohl dieses Verfahren ein wegweisender Präzedenzfall und prägend für die künftige Rechtsprechung ist, ließ das OVG keine Revision zu und wurde darin von Bundesverwaltungsgericht und Bundesverfassungsgericht bestätigt.

Zu Lande, zu Wasser....

Die Bürgerinnen und Bürger wurden mit dem Atomkonsens von der Politik erst im Stich gelassen und dann auf den rechtlichen Irrweg geschickt.

Woher der Atommüll kommt

Ursprünglich wurde KONRAD für ein Volumen von 650.000 m^3 beantragt, davon wurden 303.000 m^3 genehmigt. „Der Anteil der medizinischen radioaktiven Abfälle für Schacht KONRAD wird voraussichtlich im Promille-Bereich liegen." So die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 16/5379 vom 21.5.2007). Etwa 90% des Volumens der in der Bundesrepublik anfallenden radioaktiven Abfälle sollen nach KONRAD gebracht werden. Diese stammen zu 64% aus der Atomwirtschaft und zu 36% von der öffentlichen Hand, sprich aus den Kernforschungszentren in Karlsruhe, Jülich, Geesthacht und Rossendorf und den Forschungsreaktoren in Berlin, Braunschweig und München.



Geht es nach der Bundesregierung könnte KONRAD zum europäischen „End-"lager werden. Mit einer Atomgesetznovelle will die Bundesregierung jetzt den Import von Atommüll aus dem EU-Ausland „zum Zwecke der Endlagerung" in einem Atommülllager in Deutschland legalisieren.

Langzeitsicherheit - ein Würfelspiel

Der Langzeitsicherheitsnachweis ist hoch spekulativ und beruht auf vielen Annahmen ohne reale Naturdaten zu kennen. Bei der Genehmigung der Anlage im Jahr 2002 waren die zugrunde liegenden Berechnungsmethoden bereits hoffnungslos veraltet. Dies betrifft die Programme, die bei der Berechnung der Radionuklidausbreitung benutzt wurden ebenso wie methodische Fragen. So fehlt z.B. eine Abschätzung wie groß die Unsicherheit der gewonnenen Ergebnisse ist. Die den Berechnungen zugrunde liegenden Daten sind, wie im Erörterungstermin vielfältig nachgewiesen, unzureichend und lückenhaft. Die ASSE II hat gezeigt, dass solche Prognosen nicht belastbar sind. Genauso gut könnte man die Sicherheit auswürfeln.

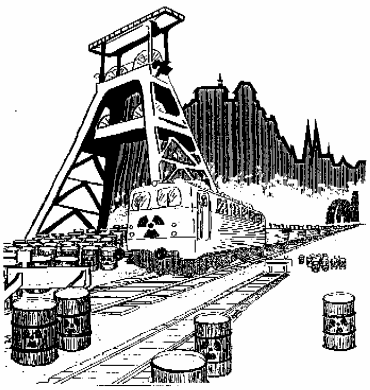
Zusammensetzung des Atommülls

Extra für Schacht KONRAD wurde die Einteilung der radioaktiven Abfälle geändert. Unterschied man früher nach Strahlung in schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle, so heißt das neue Kriterium Wärmeentwicklung. Per Definition sollen in KONRAD alle Abfälle eingelagert werden, die in ihrer Gesamtheit das umgebende Wirtsgestein um nicht mehr als 3 Grad erwärmen. Vorgesehen ist dabei, dass in der Mitte einer Einlagerungskammer durchaus wärmerer Müll lagern kann, wenn zwischen diesen Gebinden und dem Wirtsgestein anderer Müll als Barriere gelagert wird. Die Genehmigung umfasst dabei hochgiftige Stoffe wie 400 kg Uran und 900 kg Plutonium.

Wofür KONRAD übrigens nicht genehmigt ist: Für den Müll aus der ASSE II, das abgereicherte Uran aus Gronau, den AVR-Reaktor aus Jülich, der zu hoch bestrahlt ist.... Wohin dieser Müll soll, ist völlig unklar.

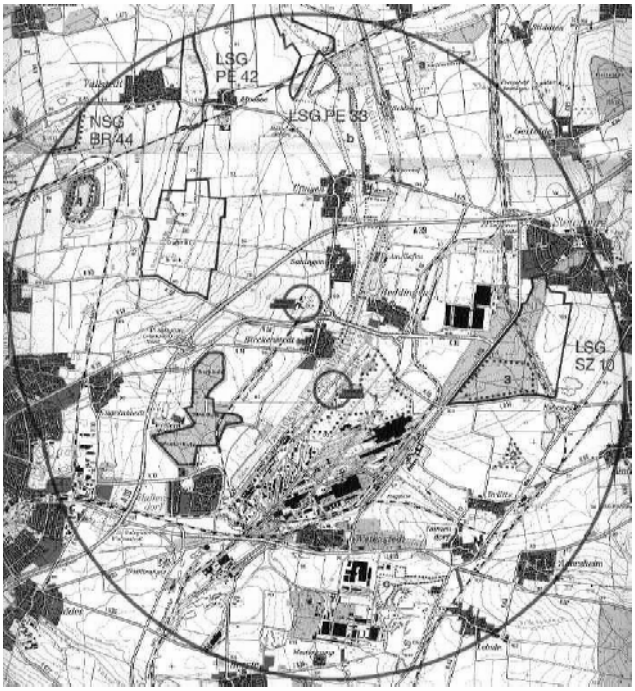
Atommülltransporte zu KONRAD – das tägliche Risiko

Alle ein bis zwei Jahre fährt unter enormer Polizeibewachung ein Castor-Transport in das Zwischenlager Gorleben – das prägt unser Bild von Atomtransporten. Die Realität bei KONRAD würde anders aussehen. Täglich soll der strahlende Müll über Straße und Schiene antransportiert werden. Die Transporte zu Schacht KONRAD müssen weder einzeln genehmigt noch der Gemeinde und dem Katastrophenschutz vorher bekannt gemacht werden. Es reicht, wenn der Transporteur eine generelle Genehmigung hat, Atommüll zu transportieren, alles weitere bleibt ihm und dem Abfallmanagement der Anlage überlassen. Neben der Bahnstrecke zur Hütte muss schwerpunktmäßig auf der A39 und der VW-Straße mit der strahlenden Fracht gerechnet werden. Aber genauso gut können die Lastwagen durch Üfingen, Sauingen oder durch Blekkenstedt fahren – rechtlich genehmigt wäre das. Besondere Schutzmaßnahmen, z.B. an der Autobahnausfahrt oder der VW-Straße sind nicht vorgesehen.



Anstatt realistische radiologische Bedingungen anzunehmen und den schlimmstmöglichen Unfall zu untersuchen, beschränken sich offizielle Gefahrenabschätzungen auf Mittelwerte und Wahrscheinlichkeiten. Da bei einer solchen Verharmlosung laut offizieller Definition nichts passieren kann, gibt es auch keinen Schutz oder Vorsorge für den Katastrophenfall. Übrigens: Im März 2010 haben Beamte der Gefahrgutüberwachung einen vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigten Atomtransport auf der A1 aus dem Verkehr gezogen. Tragende Teile des Containers, der 15 Tonnen Uranhexafluorid transportierte, waren durchgerostet – soviel zur Zuverlässigkeit der Transporteure.

20.000 Industriearbeitsplätze sind bedroht, ...



Schacht KONRAD liegt mitten in einem dicht besiedelten Industriegebiet. Mit den Hüttenwerken der Salzgitter AG, dem Motorenwerk von VW in Beddingen, dem Nutzfahrzeugebauer MAN und dem Eisenbahnbauer ALSTOM liegen allein vier Großbetriebe im 5km-Radius des Einlagerungsschachtes. Sollte beim Antransport des radioaktiven Mülls oder bei der Einlagerung ein schwerer Unfall geschehen sind 20.000 Industriearbeitsplätze bedroht. Denn vor dem Hintergrund der internationalen Konkurrenz überlebt kein Standort eine Einstellung der Produktion bis etwaige Dekontaminationsarbeiten abgeschlossen sein würden.

Grund genug für die Beschäftigten, sich gegen die Einlagerung von Atommüll in Schacht KONRAD zu wehren. Sie und die IG Metall Salzgitter sind ein bedeutender Motor im Widerstand.

23. März 2006: Machtvolles Nein zu Konrad
Zu einer beeindruckenden Kundgebung gegen das Endlager KONRAD kam es im Verlauf einer Betriebsversammlung im VW-Werk Salzgitter. Nahezu die komplette Schicht versammelte sich vor dem Werkstor, um gemeinsam mit vielen Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe aus Salzgitter ihre Ablehnung des Endlagers und ihre Empörung über den Prozessverlauf in Lüneburg deutlich zu machen. Die erste Arbeitsniederlegung der Kolleginnen und Kollegen aus den Salzgitteraner Betrieben richtete sich im Mai 2000 gegen den Atomkonsens.

... Gefahren für die Landwirtschaft ...

Auch die Landwirte müssen um ihre Existenz fürchten, falls tatsächlich Atommüll in Schacht KONRAD eingelagert würde. Rund um KONRAD wirtschaften viele landwirtschaftliche Betriebe. Die Böden sind besonders wertvoll und ertragreich. Nahrungsmittelherstellung ist jedoch ein sehr sensibler Bereich. Schon bevor eine radioaktive Verseuchung der Böden tatsächlich vorliegt, können Rufschädigungen zu existenzbedrohenden Situationen führen. Deshalb ist auch der Kreisverband Salzgitter des Niedersächsischen Landvolkes Mitglied bei der AG Schacht KONRAD e.V. Die Landwirtsfamilie Traube klagte gegen das Atommüllendlager.

... und für uns Alle!

Auch im so genannten „Normalbetrieb“ kommt es zu einer ständigen radioaktiven Belastung durch Niedrigstrahlung. Welche Auswirkung diese Strahlung hat und welche Synergien sich mit den Emissionen der Industriebetriebe ergeben können ist schlichtweg nicht untersucht worden und deshalb überhaupt nicht einschätzbar.

Wer sich nicht wehrt…

Gegen Schacht KONRAD kann man doch eh nichts mehr machen, oder? Doch, man kann! Allein dem konsequenten Widerstand seit über dreißig Jahren verdanken wir es, dass nicht schon längst Tausende Atommüllfässer im Schacht eingelagert sind. „1988 soll Schacht KONRAD in Betrieb gehen“ titelte die Braunschweiger Zeitung Anfang der 80er Jahre. Das konnten wir zumindest schon mal verhindern. Wir, das sind die Bürgerinitiativen der 70er und 80er Jahre, die sich von Anfang an gegen das Endlagerprojekt gewehrt haben. Das sind die 289.387 Menschen, die Einwendungen gegen das Projekt eingelegt haben. Das sind die Bauern, die kirchlichen Gruppen und die Umweltverbände, die sich beständig und mit Ausdauer gegen den Atommüll wehren. Das ist die IG Metall und das sind die Kolleginnen und Kollegen der Industriebetriebe, die ein wichtiger Motor der Bewegung sind. Das sind diejenigen in den Dörfern rund um Schacht KONRAD, die mit gelben Tonnen und anderen Plakaten und Symbolen sichtbar ihre Ablehnung zeigen. Das sind die vielen Menschen, die immer wieder zu Aktionen und Demonstrationen gegen Schacht KONRAD kommen. Und das ist die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., KONRAD, 1987 gegründet, in der etwa 200 Einzelpersonen und ca. 40 Kommunen, Organisationen, Verbände und Gruppen Mitglied sind und die die Information und den Protest in der Region bündeln will. Schacht KONRAD wurde aus rein politischen Gründen und nicht aufgrund wissenschaftlicher Auswahlkriterien zum Endlager für Atommüll erklärt. Schacht KONRAD kann immer noch politisch verhindert werden, deshalb ist der Protest wichtiger denn je!

… lebt verkehrt!

Wo soll der Müll eigentlich hin?

Eine gute Frage auf die es keine gute Antwort gibt. Denn niemand weiß, wie der tödlich strahlende Müll für eine Million Jahre von der Umwelt abgeschlossen werden soll. Auf der ganzen Welt gibt es kein Endlager für hochradioaktive Abfälle. Und bei den Lagern für schwach- und mittelaktiven Abfällen wie in Frankreich, Schweden oder Deutschland treten nach wenigen Jahrzehnten schwerwiegende Probleme auf.

Was würden Sie tun, wenn bei einer Badewanne das Wasser überläuft? Richtig – Sie würden als erstes den Wasserhahn zudrehen. Ganz anders die Atomlobby. Da wird gewischt und gewischt, da werden Eimer aufgestellt, in die das Wasser reinlaufen kann, nur um den Wasserhahn nicht abdrehen zu müssen. Denn da fließen Millionen raus. Die Stromkonzerne verdienen mit jedem laufenden Atomkraftwerk etwa 1 Million Euro/Tag.

Dieses Geld verdienen sie auf Kosten unserer Gesundheit und der unserer Nachkommen. Deshalb gibt es nur eine richtige Forderung. Endlich die Produktion von Atommüll zu stoppen! Der Müll, der bereits da ist, muss kontrollierbar und korrigierbar gelagert werden. Und dann muss geforscht und offen darüber diskutiert werden, wie wir am besten vor der strahlenden Altlast geschützt werden können.

Ich / wir möchte/n Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. werden:

Name ....

Anschrift ....

Emailadresse ....

Unterschrift ....

Für Einzelpersonen:

ich zahle den regulären Beitrag von 5,11 € im Monat:

- ❑ Nach Erhalt der Jahresrechnung über 61,32 €
- ❑ Monatlich per Dauerauftrag
- ❑ Monatlich per Lastschrifteinzug

Kontoinhaber/-in
.....

Bank .....

Nummer .....

BLZ .....

- ❑ **Ich zahle den ermäßigten Beitrag von 18,41 € / Jahr.**

Für Organisationen:

- ❑ Wir zahlen den regulären Beitrag von 25,56 € im Monat:
  - ❑ Nach Erhalt der Jahresrechnung über 306,78 €
  - ❑ Monatlich per Dauerauftrag
- ❑ Wir können den regulären Beitrag nicht bezahlen und bitten deshalb um eine Verständigung über den zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag.

Spenden und Beiträge sind steuerlich absetzbar!
AG Schacht KONRAD e.V.
Postbank Hannover
BLZ 250 100 30
Konto 378752 - 308

Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V.
Bleckenstedter Str. 14a,
38239 Salzgitter,
Tel: 05341 / 90 01 94,
Fax: 05341 / 90 01 95,
info@ag-schacht-konrad.de,
www.ag-schacht-konrad.de

Stand April 2013